Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 b Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags b. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Zeitungsz.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Dr. Kadner's Sanatorium
Niederlössnitz bei Dresden.
Den ganzen Winter geöffnet. Dr. Kadner. Dr. Greif.

Dresden, 1894.

Pfund's Milch-Seife
aus reiner, bester Kuhmilch.
Bade-, Kinder- u. Familienseife
macht die Haut weich und rein.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Gesangbücher.
Anerkannt grösstes Lager am Platze bei
Max Köhler (C. G. Schütze Nachf.)
5 Gr. Meissnerstrasse 5.

Feine Ball-Corsets
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25.
Teleph. A. I, 167.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 59. Spiegel: Deutsch-russischer Handelsvertrag im Reichstag. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Saatenmarkt, Distanzradfahrt, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Krieg im Frieden", „Lolo's Vater", Konservatorium-Concert. **Mittwoch, 28. Februar.**

Für den Monat März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, bei den K. K. Postämtern in **Oesterreich-Ungarn** zu **85 Kreuzern** und bei den Postanstalten im Weltpostverein mit entsprechendem Postzuschlag, angenommen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.
Marienstraße 38 (Erdgeschoß).

Politisches.

Mit großer Spannung hatte man dem Tage entgegengesehen, an dem die deutsche Volksvertretung in die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Rußland eintreten würde. Bildete dieser doch seit Monaten recht eigentlich den Angelpunkt der gesammten inneren Politik, dergestalt, daß alle anderen Fragen und selbst solche, die, wie die Miquelsche Reichsfinanzreform und die Steuergesetzentwürfe, an sich von hervorragender wirthschaftspolitischer Tragweite sind und anfangs so viel Staub aufgewirbelt haben, um so mehr in den Hintergrund gedrängt wurden, je näher die Entscheidung über das deutsch-russische Abkommen heranrückte. Die Theilnahme, die man allenthalben den Reichstags-Verhandlungen über den Handelsvertrag entgegenbrachte, kam auch äußerlich zum Ausdruck. Während sich seit Wochen die Debatten des deutschen Parlaments träge und mühsam fortschleppten und bei beständiger Beschlußunfähigkeit jeden Augenblick still zu stehen drohten, änderte sich am Montag die Physiognomie des Reichstages. Die Volksboten hatten sich endlich einmal wieder in beschlußfähiger Zahl eingefunden und die Zuschauertribünen hatten sich bis auf den letzten Platz gefüllt. Dichtgedrängte Menschenmassen harrten vor dem Parlamentsgebäude, wie an dem Tage, an welchem vor einem Jahre die Würfel über die Militärvorlage fielen und dem vorigen Reichstage ein frühzeitiges Ende bereitet wurde. Man glaubte das Schauspiel eines erbitterten Kampfes zu erleben, bei dem es sich um Sein und Nichtsein handelt. Man erwartete einen großen Tag mit denkwürdigen Momenten und sensationellen Effekten, stürmische Scenen mit dramatischen Zwischenfällen.

Diese Erwartung ist arg enttäuscht worden. Der erste Verhandlungstag trug im Ganzen das Gepräge einer ruhigen, sachlichen, fast geschäftsmäßig-trockenen Auseinandersetzung. Die beiden konservativen Redner, die am Montag gegen den Vertrag sprachen, wie nicht minder der Vertreter der verbündeten Regierungen waren ersichtlich bestrebt, alles zu vermeiden, was zu einer außergewöhnlichen Erregung oder Erbitterung der Gemüther führen konnte. Der Verlauf der Sitzung war derartig, daß sich die Bänke der Zuhörer allmählich leerten. Hervorragende persönliche Interessen vermochten die Redner des ersten Tages nicht zu erwecken und in sachlicher Beziehung war eigentlich von vornherein nichts Neues zu erwarten. Der Handelsvertrag hatte schon so lange auf der Tagesordnung gestanden, war in allen größeren parlamentarischen Körperschaften des Reiches, in der Presse und in Hunderten von Versammlungen so erschöpfend behandelt worden, daß man billigerweise nicht annehmen konnte, die Erörterungen des Reichstages würden wesentlich neue große Gesichtspunkte zur Beurtheilung der schwebenden Frage zu Tage fördern. Die Reden waren in der Hauptsache nichts Anderes als eine gedrängte wohldurchdachte Zusammenfassung dessen, was vorher für und gegen den Vertrag vorgebracht und bereits so und so viel mal wiederholt worden ist. Den Reigen eröffnete diesmal nicht, wie dies bei Vorlagen von tief einschneidender Bedeutung der Fall zu sein pflegt, ein Vertreter der Regierungen mit einer längeren Begründung, sondern einer der Hauptführer der Opposition, Graf von Mirbach. Etwas auffällig war die Einleitung seines mehr als zweistündigen Vortrages, welche die nachdrückliche Versicherung enthielt, daß die Opposition der konservativen Partei eine streng sachliche sei, daß man es also durchaus nicht darauf abgesehen habe, mit der Stellungnahme gegen die Vorlage zugleich diejenigen Männer zu bekämpfen, welche dieselbe in erster Linie zu verantworten haben. Der Vertreter der ostpreußischen Konservativen verwahrte sich dagegen, daß seine Freunde jemals den Versuch gemacht hätten, direkt oder indirekt auf Personenfragen einzuwirken und damit in die Prärogative der Krone einzugreifen. „Die Linien," bemerkte Graf von Mirbach, „die für einen Vertreter meiner Partei in der Abwehr und in dem Angriff Männern gegenüber gezogen sind, die auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers uns gegenüber stehen, werden unsererseits sehr eng gezogen. Wenn man dagegen von der anderen Seite es für gut findet, einem konservativen Abgeordneten gegenüber diese Linien thunlichst zu erweitern, so müssen wir uns nach der Tradition unserer Partei darauf beschränken, einer solchen Haltung gegenüber, die allerdings bei der Militärvorlage unterbrochen wurde, dann aber mit dem bekannten Marschbefehl, den man dem Mohren giebt, gleich wieder aufgenommen wurde, durch Zurückhaltung ihr aus dem Wege zu gehen."

Diese Zurückhaltung hat der konservative Führer im Verlaufe seiner ganzen Rede zu bewahren gewußt, die daher von jeder persönlichen Spitze frei war. Um so wohlthuender und wirksamer war in Folge dessen die warme Anerkennung, die Graf von Mirbach der Bismarckschen Wirthschaftspolitik zu Theil werden ließ. Treffend hob er hervor, daß sich die Kerntruppen der verbündeten Regierungen, die Sozialdemokraten und die Freisinnigen, besonders deshalb für den Vertrag mit Rußland begeistern, weil sie denselben als einen starken Eingriff in die Politik des Altreichskanzlers begrüßen. Den wirthschaftspolitischen Erfolgen messen diese beiden Parteien keine große Bedeutung bei, aber sie glauben die Bismarcksche Wirthschaftspolitik durch die Annahme des Vertrages ganz empfindlich zu schädigen. „Wir halten," sagte Graf von Mirbach, „die Bismarcksche Wirthschaftspolitik für eine nationale und kraftvolle. Seit dem denkwürdigsten 26. Januar sind wir in der Lage, den Namen des Fürsten Bismarck hier auszusprechen, ohne daß irgend eine Schärfe nach irgend einer Richtung darin gesucht werden kann. Wir werden die Wirthschaftspolitik, die der Fürst Bismarck inaugurirt hat, festhalten; wir werden uns darin nicht wankend machen lassen."

Die Rede des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall war im Wesentlichen eine Vertheidigung der Vorlage gegenüber dem Grafen von Mirbach. Der Redner der verbündeten Regierungen gab zu, daß die Annahme des rumänischen Handelsvertrages Niemanden zur Annahme auch des russischen Vertrages zwinge. Der Vertrag sei dazu da, den wirthschaftlichen Frieden zwischen zwei großen Nationen zu schaffen, die traditionell in politischer Freundschaft leben, und es sei daher gar nicht nöthig, politische Momente zur Rechtfertigung heranzuziehen, zumal da die wirthschaftlichen Gründe, welche für den Vertrag sprechen, so durchschlagender Natur seien, wie es politische Motive nie sein könnten. Von anderer, und zwar von allerhöchster Seite, ist die Annahme des Vertrages besonders mit Erwägungen politischer Natur begründet worden und in Uebereinstimmung hiermit hat es der Abg. Rickert, der im Uebrigen in seiner Rede eine begeisterte Jubelhymne auf den Grafen Caprivi und dessen gesammte Politik anstimmte, für eine Beleidigung Rußlands erklärt, wenn man den Vertrag verwerfen würde. Aber auch der Staatssekretär des Auswärtigen hat es sich hinterdrein nicht versagen können, die politische Bedeutung des wirthschaftlichen Friedensschlusses mit Rußland zu betonen, indem er meinte, ohne politische Bedenken könne man unserem großen mächtigen Nachbar auf die Dauer und prinzipiell das nicht versagen, was man allen anderen Staaten gewährt habe. Das steht freilich wieder im direkten Widerspruch zu der Ansicht des Reichskanzlers, der bei der Verhandlung über den rumänischen Vertrag erklärte, bei der Beurtheilung des Vertrages mit Rußland sollten nur sachliche, aber keine politischen Gründe mitsprechen.

Bemerkenswerth war die rückhaltlose Entschiedenheit, mit der sich der freikonservative Abg. Graf von Moltke im Namen der Mehrheit seiner sonst mit Vorliebe gouvernemental gesinnten Parteigenossen gegen die Vorlage aussprach, und zwar besonders aus politischen Erwägungen. Während Freiherr von Marschall es für unmöglich bezeichnet hatte, mit Rußland auf die Dauer im Frieden zu leben, wenn es von den allen anderen Ländern eingeräumten Zugeständnissen ausgeschlossen werde, forderte demgegenüber der Redner der Reichspartei den Nachweis, daß es auf die Dauer möglich sein werde, mit einem großen und mächtigen Nachbar friedlich auszukommen, der an unseren Grenzen ganze Armeen einbruchsbereit hält. Graf von Moltke meinte, er fühle angesichts des Vertrages „patriotische Beklemmungen" und er könne sich nicht dazu bestimmen lassen, diesen großen Gegner nicht nur auf wirthschaftlichem, sondern weit mehr noch auf politischem Gebiete zu stärken. Es könnten doch Momente kommen und Krisen eintreten, wo für Jeden, der jetzt seine Stimme für den Vertrag abgiebt, die volle Schwere der Verantwortlichkeit kommen könnte und wo er sich sagen müßte: Hast Du thatsächlich im Interesse des Vaterlandes gehandelt oder nicht?

Das Ergebniß des ersten Berathungstages fiel nicht zu Gunsten des Vertrages aus. Dafür sorgte schließlich auch noch Heinrich Rickert, der einzige Abgeordnete, der am Montag für die Vorlage das Wort ergriff. Der Mann aus Putzig berührte alle möglichen Dinge und erregte wiederholt wider Willen und zu seinem großen Aerger die Heiterkeit des Hauses. Unter tiefen Verbeugungen vor den glänzenden Erfolgen des Generalreichskanzlers beklagte er sich, daß in unseren militärischen Etablissements die Blätter, die dem antisemitischen Bunde der Landwirthe nahe stehen, immer noch gelesen werden. Es wäre gar nicht so verwunderlich und putzig, wenn der Vorkämpfer der Judenschutztruppe zugleich mit dieser Denunciation seinen innersten Herzenswunsch ausgesprochen hätte, unseren Soldaten möchte befohlen werden, in Zukunft nur noch das Korrespondenzblatt des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus zu lesen. Früher erschien Rußland wegen seiner Judenverfolgungen dem geschwätzigen Führer des Freisinns als ein abscheuliches Land der Barbarei, an dem Hopfen und Malz verloren ist; seitdem aber die Moskowiter den Zoll auf Knoblauch und Zwiebel aufgehoben haben und den israelitischen Handlungsreisenden aus Deutschland ungehinderten Zutritt nach Rußland gewähren wollen, hat Heinrich Rickert unsere östlichen Nachbarn in sein Herz geschlossen. Er nannte den Handelsvertrag ein kulturelles Werk, das dem Czarenreiche den Eintritt in die wirthschaftliche Gemeinschaft Europas ermögliche. Daraus, setzte der Wortführer der goldenen Internationale hinzu, können sich noch Verhältnisse entwickeln, von denen wir heute noch keine Ahnung haben. Mit dergleichen prophetischen Weisheitsergüssen empfahl der freisinnige Führer der Regierungsmajorität den deutsch-russischen Vertrag. Graf Caprivi lauschte andächtig seinem Lobredner. Aber vielleicht hat auch er schließlich den Eindruck der Rickertschen Salbaderei im Stillen in den Ausruf zusammengefaßt: „Heinrich! Mir graut's vor Dir!"

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. Februar.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Vorlage, betreffend Aufhebung des Identitätsnachweises. Die erste Berathung des Handelsvertrags mit Rußland wird fortgesetzt und zwar in Verbindung mit dem Antrage des Abg. v. Kardorff, betreffend die Vorlegung eines Reichsgesetzes wegen Erhebung von Zollzuschlägen für die Einfuhr von Roggen, Weizen und Mehl bei bestehendem Disagio in fremden Staaten. Abg. v. Kardorff (Reichspartei) begründet diesen Antrag. Die Börsen-Spekulation in Getreide geht mit der Rubel-Spekulation stets Hand in Hand. Einer schwankenden Valuta gegenüber sind alle Handelsverträge illusorisch, wenn nicht entsprechende Vorsorge getroffen ist, wie sie durch den Antrag geschaffen werden soll. Der Antrag richtet sich nicht sowohl gegen Rußland, als gegen andere Länder, wie Argentinien und Indien, die bezüglich der Getreideeinfuhr nach Deutschland in der unterwerthigen Valuta eine starke Exportprämie besitzen. Der Roggenpreis hängt nicht so sehr vom Weltmarkt ab, denn Deutschland ist, wenn auch nicht der einzige, so doch der Hauptabnehmer von russischem Roggen. Die Industrie setzt zu weitgehende Hoffnungen auf den Vertrag; zweifellos ist aber, daß er der Landwirthschaft große Opfer auferlegt. Herrn Rickert erwiedere ich: Wenn Fürst Bismarck einen solchen Vertrag vorgelegt hätte, so würde er der Landwirthschaft auch ausreichende Kompensationen geboten haben. Bei der jetzigen Regierung war bisher von Wohlwollen für die Landwirthschaft nichts zu merken. Eine Kompensation würden wir in der Aenderung der Währung erblicken, aber die Währungsenquetekommission ist so zusammengesetzt, daß die Mehrheit aus Gegnern jeder Währungsänderung besteht. Die mangelnde Berücksichtigung eines Standes, welcher der sicherste Hort gegen die Sozialdemokratie ist, ist absolut nicht verständlich. In Frankreich versteht man, daß in dem Zollschutz für die Bauern auch die militärische und finanzielle Macht des Staates liegt. Ich bitte den Vertrag abzulehnen (Beifall rechts). — Reichskanzler Graf Caprivi: Mit dem Vertrag wird eine Brücke für den friedlichen Verkehr zwischen uns und Rußland geschaffen und ich muß zunächst den Insinuationen in der Presse entgegentreten, als ob Streitigkeiten zwischen den Bauleuten an diesem Vertrag herrschten. Was mich anlangt, so hätte man am liebsten gesehen, daß der Bauleiter selbst vom Gerüst falle. (Heiterkeit). Der Bauherr ist fest überzeugt von der Nothwendigkeit dieses Vertrages. Auch von den angeblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des preußischen Ministeriums ist nichts wahr: dieses hat dem Vertrag einstimmig zugestimmt und steht für denselben Mann für Mann ein. Dasselbe gilt von dem Bundesrath. Auch über die Stellung Oesterreichs und Italiens sind irrige Meinungen verbreitet. Die leitenden Staatsmänner beider Staaten haben mir ihre Freude über den Abschluß des Vertrages ausgedrückt. (Hört! hört! links). Wir wollen die Erhaltung des Friedens, Wahrung der deutschen Ehre und des deutschen Ansehens. Der Dreibund verfolgt friedliche Ziele und man wird nicht in Abrede stellen, daß auch dieser Vertrag solchen friedlichen Zielen dient. Zu meinem Bedauern hat sich gestern ein Redner darüber anders geäußert. Man hat gesagt, politische Freundschaft und wirthschaftliche Feindschaft seien vereinbar. Ich will die Möglichkeit nicht leugnen, aber wenn wir auf unsere innere Entwickelung zurückblicken, ob da nicht unsere wirthschaftliche Annäherung auch der politischen Vorschub geleistet hat? Dieser Vertrag ist nur die Konsequenz früherer Verträge. Die Landwirthschaft wird durch ihn nicht geschädigt. Wir wünschen, daß die deutsche Stimme im europäischen Concert gehört werde. Wir spielen bei den Handelsverträgen eine führende Rolle und damit kann Deutschland doch zufrieden sein. Wir wollen die Kultur fördern und glauben, dem Ansehen Deutschlands wird dadurch nur genützt. Wird der Vertrag nicht angenommen, so ist die Fortsetzung des Zollkrieges sicher. Wohl kein Gegner des Vertrages wird diesen Zustand leichten Herzens wollen. Wir würden namentlich unsere Ostprovinzen schädigen, wir würden das Schmuggeln wieder aufleben lassen, und wer weiß, wohin die Grenzstreitigkeiten dabei führen werden. Unserem Handel würde eine hohe chinesische Mauer erwachsen. So günstige Umstände wie jetzt kehren nie wieder. Der Zollkrieg würde, je länger er dauert, desto mehr zur Ehrensache werden. Der Grenzschluß würde sich auch auf die Menschen ausdehnen. Wenn wir die Hände Rußlands jetzt zurückweisen, so wird der Panslavismus erst recht wachsen. Was sie als Folgen des Vertrags und der dadurch vermehrten wirthschaftlichen Stärke Rußlands voraussagen, wird nicht eintreffen. Was über den Vertrag selbst zu sagen ist, ist schon gesagt worden. Es ist das letzte Glied der Kette der Handelsverträge. Die Organe einer gewissen Partei stellen uns jetzt schon den früher geschmähten österreichischen Tarif als Muster hin, aber wir thun doch nichts, als daß wir unseren Konventionaltarif noch einmal verkaufen und dafür, ohne einen weiteren Preis zu zahlen, recht erhebliche Vortheile einheimsen. Daß wir Roggen nicht nur aus Rußland beziehen, sondern aus allen Theilen des Weltmarktes, zeigt doch die Statistik. Versorgt uns Rußland nicht, so thun es Andere: Rußland hat dagegen ein Interesse daran, uns mit Roggen zu versorgen, es hat den bequemsten Absatz bei uns und weshalb sollen wir ihm denselben nicht lassen, wenn wir dafür von Rußland noch ein Entgelt erreichen. Wir zahlen für diesen Vertrag keinen anderen Preis, als daß wir neben anderem Roggen auch den russischen zulassen. Ich verstehe nicht, weshalb Sie einen Vertrag nicht annehmen wollen, bei dem wir gar keinen Preis zahlen. Die Gegner des Vertrages quälen sich ab in einem Kampf der wirthschaftlichen Naturgesetze gegen den Weltmarkt und da sie diesen Kampf erfolglos führen, suchen sie die Schuld auf Personen zu wälzen. Es hat mir wehe gethan, daß Herr v. Kardorff sich auf das Urtheil eines französischen Staatsmannes, Meline, berufen hat. Ich habe warten wollen, bis auch Herr Meline sich auf Herrn v. Kardorff berufen werde, glaube aber, daß so weit die Selbstverleugnung jenes Herrn nicht gehen werde. (Beifall links.) Der Bund der Landwirthe wirkt zersetzend auf alle Verhältnisse, er bringt Feindschaft zwischen Industrie und Landwirthschaft, zwischen West und Ost, zwischen Groß- und Kleinbesitz. (Lebhafter Beifall links.) Im Jahre 1873 erklärte Fürst Bismarck, daß die 51jährigen Verhandlungen mit Rußland nicht ganz vergeblich gewesen sind, er versprach, diese Verhandlungen, wenn nicht selbst, so doch durch seinen Amtsnachfolger noch weitere 50 Jahre fortzusetzen. Der Nachfolger des Fürsten Bismarck bin ich, ich bin soeben im Begriff, dieses Versprechen Bismarcks einzulösen. (Lebhafter Beifall links.) — Abg. Dr. König (antis.) weist darauf hin, daß 99 Proz. aller Landwirthe dem Bunde angehörten. Abg. Rickert bezeichnete denselben als antisemitischen Verein. Es ist mir sehr erfreulich, wenn der Antisemitismus in solcher Weise Wurzeln geschlagen hat. Abg. Rickert meinte sodann, die märkischen Bauern hätten früher gebetet: Vor Ködderitz und Liederitz, vor Kraschte und vor Itzenblitz, behüt uns lieber Herregott; nun heute betet der Bauer: Vor

Pfund's Kinder-Milch (Schutzmarke) Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.